



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr. 110 • Die Woche im Bundestag • 10.02.2012

Europaweit Schuldenbremsen durchgesetzt

Bundeskanzlerin Angela Merkel ist ein entscheidender Schritt zur Stabilitätsunion gelungen. Auf dem Gipfel vom 30. Januar 2012 haben 25 der 27 Staats- und Regierungschefs den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion fertiggestellt.

Lediglich Großbritannien und Tschechien beteiligen sich nicht daran, können aber noch hinzutreten.

Mit diesem finanzpolitischen Pakt, auch Fiskalpakt genannt, verpflichten sich die teilnehmenden Staaten, eine Schuldenbremse in ihre nationale Gesetzgebung aufzunehmen. Gleichzeitig akzeptieren sie eine stärkere Haushaltskontrolle durch die EU sowie Sanktionen im Falle der Nichteinhaltung.

Sollte die Regel des ausgeglichenen Haushalts nicht eingehalten werden, so kann Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erhoben werden, der daraufhin Geldstrafen von bis zu 0,1 % des Bruttoinlandsproduktes verhängen kann. Die genaue Ausgestaltung des Klageverfahrens erfolgt in Kürze.

Die europaweiten Schuldenbremsen schaffen neues Vertrauen und entlasten nachfolgende Generationen. Der Vertrag wird durch die Regierungen im März unterzeichnet und kann in Kraft treten, sobald er von mindestens zwölf Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets ratifiziert worden ist. Dazu ist die Zustimmung des Deutschen Bundestags erforderlich.

Innerhalb von fünf Jahren soll dieses zwischenstaatliche Vertragswerk dann in den Rechtsrahmen der EU überführt werden.

Die verbindlichen nationalen Schuldenbremsen sind eine notwendige Grundlage für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), weil sie verhindern, dass der ESM überhaupt in Anspruch genommen werden muss.

Verfahren gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung in Ägypten einstellen.

Seit der Durchsuchung der Büroräume der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo Ende Dezember 2011 behindern die ägyptischen Behörden die Arbeit der Stiftung.

In dieser Woche wurde von ägyptischer Seite offiziell bekannt gegeben, dass gegen Mitarbeiter der Stiftung in Kairo Anklage wegen angeblicher verbotener Aktivitäten und illegaler Annahme von Geldern aus dem Ausland erhoben wurde.

Die Vorwürfe der ägyptischen Staatsanwaltschaft gegenüber der Stiftung sind haltlos.

Das Vorgehen der ägyptischen Behörden verletzt rechtstaatliche Prinzipien. Seit 30 Jahren fördert die Konrad-Adenauer-Stiftung die zivilgesellschaftliche Entwicklung in Ägypten.

Wir werden die Vorgänge in Ägypten zum Thema im Deutschen Bundestag machen. In einem dringlichen Antrag, den wir gemeinsam mit den Fraktionen von FDP, SPD und Grünen einbringen wollen, verurteilen wir das Vorgehen der ägyptischen Behörden.

Die freie Betätigung der deutschen politischen Stiftungen ist für die weitere Unterstützung der demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung Ägyptens von entscheidender Bedeutung.

Zukunftsdialog der Bundesregierung startet

In ihrer Neujahrsansprache hat die Bundeskanzlerin drei für die Zukunft unseres Landes wesentliche Fragen aufgeworfen: Wie wollen wir zusammenleben? Wie sichern wir unseren Wohlstand? Wie lernen wir als Gesellschaft?

Die Bundesregierung diskutiert diese Frage seit dem Frühjahr 2011 mit Wissenschaftlern und Praktikern. Aber da es um unser aller Zukunft geht, hat sie in der vergangenen Woche einen öffentlichen Dialog der Bürger und der Zivilgesellschaft begonnen. Er steht unter dem Titel „Menschlich und erfolgreich. Dialog über Deutschlands Zukunft“ und findet im Rahmen der Bürger-Internet-Plattform „www.dialog-ueber-deutschland.de“ statt.

Darüber hinaus wird die Bundeskanzlerin bei drei Bürgergesprächen im Februar und März mit den Menschen vor Ort in Erfurt, Heidelberg und Bielefeld diskutieren. Im Mittelpunkt sollen dabei konkrete Handlungsvorschläge und Anregungen für die Bundespolitik stehen, die die Bundesregierung weiterverfolgen und in der Gesetzgebung oder anderen Initiativen umsetzen kann. Die Ergebnisse des Zukunftsdialoges werden im Juli veröffentlicht. Durch den Dialog soll eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Zukunft unseres Landes angeregt werden. Dabei bietet der Zukunftsdialog eine gänzlich neue Form der politischen Beteiligung, die stark auf den Prozess gegenseitigen Zuhörens, Diskutierens und voneinander Lernens setzt.

Strategische Ausrichtung der deutschen Außenpolitik stärken

In dieser Woche steht eine wichtige Frage im Plenum zur Diskussion: Wie positioniert sich Deutschland angesichts der fortschreitenden Globalisierung und wachsender Bedeutung von aufstrebenden Mächten wie China, Indien oder Brasilien? Es geht um die strategische Ausrichtung der deutschen Außenpolitik. Wir setzen Orientierungspunkte für Politik in einer Welt im Wandel. Bundesaußenminister Guido Westerwelle wird dazu das Konzept der Bundesregierung „Globalisierung gestalten - Partnerschaften ausbauen - Verantwortung teilen“ im Deutschen Bundestag vorstellen.

Das Gestaltungsmächtekonzept steht in der Reihe der Konzepte, die unsere Außenpolitik leiten, wertegebunden, interessengeleitet und zielorientiert. Das Papier benennt sechs Aktionsfelder der

Zusammenarbeit mit den so genannten „neuen Gestaltungsmächten“: Frieden und Sicherheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaft und Finanzen, Ressourcen, Ernährung und Energie, Arbeit, Soziales und Gesundheit, Entwicklung und Nachhaltigkeit. Durch Kooperation in zentralen Politikbereichen wollen wir die gestiegene Wirtschaftskraft und den wachsenden Gestaltungswillen der neuen Mächte aufgreifen und für eine globale Ordnungspolitik nutzbar machen. Dafür brauchen wir einen einheitlichen Politikansatz, um unsere Interessen und unsere Werte in der Welt zu vertreten.

Arbeitsmarktentwicklung im Januar weiterhin positiv

Zwar ist die Arbeitslosigkeit zwischen Dezember 2011 und Januar 2012 aufgrund jahreszeitlicher Gründe um 302.000 Arbeitslose gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der arbeitslosen Menschen aber um 264.000 ab. Wesentlich ist laut Agentur für Arbeit der Zuwachs sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Neben konjunkturellen Gründen haben vor allem der Strukturwandel und die Reformen des Arbeitsmarktes zu einer Verbesserung der Chancen geführt:

Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich in den letzten Jahren günstiger, als dies bei gleicher Konjunktur noch vor zehn Jahren möglich gewesen wäre. Noch stärker als die Zahl der Arbeitslosen sank die Zahl der Kurzarbeiter: Mit 4.113.000 zählt die Agentur für Arbeit in diesem Januar 489.000 weniger Kurzarbeiter als vor einem Jahr. Die in der Kurzarbeiterzahl zum Ausdruck kommende Unterbeschäftigung vermittelt ein umfassenderes Bild von Defiziten am Arbeitsmarkt als die reine Arbeitslosigkeit, da sie auch Personen mit einbezieht, die z.B. an entlastenden Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen.

Auch die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt auf hohem Niveau. Im Januar belief sich der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen auf 452.000, das sind 77.000 mehr als im Vorjahr. Dabei steigt die Nachfrage in fast allen Branchen. Besonders gesucht sind zurzeit Fachleute in den Bereichen Mechatronik, Elektro, Energie, Metall, Maschinenbau, Logistik und Gesundheit.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)